

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 2

Artikel: Je stalinistischer man ist, desto demokratischer wird man genannt : die sozialistisch-kommunistische Einheit vor den französischen Wahlen
Autor: Bondallaz, Laurent
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095057>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laurent Bondallaz

Je stalinistischer man ist, desto demokratischer wird man genannt

Die sozialistisch-kommunistische Einheit vor den französischen Wahlen

Die Parlamentswahlen vom 4. März in Frankreich stehen unter dem Vorzeichen von Antagonismus, wenn nicht geradezu von politischem Hass. Der Grund dafür liegt darin, dass den Unionsparteien eine Volksfront von Sozialisten und Kommunisten gegenübersteht, also eine Vereinigung der demokratischen und der undemokratischen Linken. Und falls man den defizienten Gaullismus unter diesen Umständen abwählt, besteht somit die Möglichkeit, dass man gleichsam so nebenbei auch die Demokratie abwählt. Und wenn man diese schliesslich noch nirgends widerlegte Feststellung heute höchstens noch als «endgültig antiquiertes Geschäft mit dem Kommunistschreck» empfindet, so spricht das nicht gegen die Möglichkeit einer undemokratischen Entwicklung, sondern nur für die Möglichkeit ihrer widerstandslosen Hinnahe. Es ist geziemend, sich vor der Hinrichtung die Augen verbinden zu lassen, und auch das westliche Demokratiebewusstsein empfindet ein Bedürfnis nach dieser rituellen Erleichterung.

Aber weil eine Möglichkeit noch keine Gewissheit bedeutet: Ist vielleicht die Allianz der Sozialdemokraten mit den Kommunisten nur eine Fassade, ein Lippenbekenntnis zuhanden der Wähler? Ist die Vereinbarkeitsklärung mit einer Ideologie, der die Abschaffung der Demokratie inhärent ist, nur ein Mittel, um einen Sozialismus tatsächlich demokratischer Prägung weiter über die Runden zu bringen? Ein solches Verhalten der Sozialdemokratie wäre weder für ihr eigenes politisches Gewissen noch für das in Rechnung gestellte politische Bewusstsein der Wähler ein gutes Zeugnis. Und dabei müsste man diese Eventualvariante noch als das geringste Uebel begrüssen.

Wer führt wen aus welchem Ghetto heraus?

Bedeutet die Vereinigung der Linken Selbstbehauptung oder Selbstaufgabe der Sozialdemokratie? Die Frage ist seit dem Juli des letzten Jahres gestellt.

Damals ratifizierten die Landesgremien von KPF und SP ihre Vereinbarung über ein ge-

meinsames Regierungsprogramm. Der Pakt umfasst somit nicht nur eine Wahlallianz, sondern eine gemeinsame Zielsetzung für die Zeit nach der Machtübernahme.

Zuhanden des diktaturunlustigen Teils der Oeffentlichkeit hat man dazu eine recht wohlklingende Begründung abgegeben. Gerade um die Kommunisten in Richtung auf demokratische Spielregeln zu erziehen, gelte es nun endlich einmal, die KP aus ihrem Ghetto-Dasein herauszubringen. Falsch und anachronistisch (besonders paradox bei Leuten, die sich als progressiv verstehen) ist an diesem Satz zunächst einmal die Voraussetzung. Die KP steht in der französischen Gesellschaft von heute keineswegs isoliert da, weder organisatorisch noch gar weltanschaulich. Sie ist in den Gewerkschaften, Universitäten, Massenmedien usw. präsent bis dominant. Und dieser Integrationserfolg der letzten Jahre war ferner ausgesprochen nicht von einer Zuwendung zu einer pluralistischeren Konzeption begleitet, ganz im Gegenteil. Man hat vielmehr aus der Partei Leute wie Garaudy ausgeschlossen, welche in der kommunistischen Machtausübung von heute wenigstens die Elemente des nackten Faschismus beanstandet hatten, und das restalinisierte Sowjetmodell ist wiederum tabu. Und bei dieser Sachlage der parteiinternen Entdemokratisierung wäre eine grössere Duldung nichtkommunistischer Anschauungen zu erwarten als zuvor?

Leider verhält es sich mit dem Ghetto-Gedanken eher umgekehrt. Es ist die Sozialdemokratie, welche eine Isolierung befürchtet, wenn sie nicht Anteil an der Faszination nimmt, die heute der Forderung nach Ersetzung der kapitalistisch-demokratisch-pluralistischen Ordnung durch eine sozialistisch-diktatorisch-monolithische Ordnung in den besten Kreisen eignet. Und gerade das sollte angesichts der Zeitläufte auch nicht erstaunlich sein; schliesslich befindet sich auch Frankreich in Westeuropa.

Natürlich gibt es für die Vereinigung mit den Kommunisten auch ein sozialistisches Argument rein praktischer Natur. Wie anders, fragt man, liesse sich die gegenwärtige Mehrheit stürzen? Nun, nicht einmal diese Frage braucht man gar so rhetorisch zu nehmen. Es gibt immerhin ernstzunehmende politische Analysen, die dar-

gelegt haben, dass eine Wahlallianz der Sozialisten mit den Radikalen, den Zentristen und andern demokratischen Gruppierungen ausserhalb des Gaullismus am meisten Stimmen auf sich vereinigt haben würde. Oder gerät man bereits in den Geruch schlechten Umgangs, wenn man sich in Gesellschaft von Kräften befindet, die explizit für eine pluralistische Ordnung eintreten?

Aber selbst wenn das Bündnis mit den Kommunisten das beste, ja das einzige Mittel wäre, den Gaullismus abzusetzen... Wäre dieses Ziel das Risiko für eine immerhin freiheitliche Ordnung wert — falls man tatsächlich Wert auf sie legt?

Ein schlechter Nutzwert für den Krenl ist noch kein guter Nutzwert für Frankreich

Nicht, dass Mangel an Dingen herrschte, die man dem gegenwärtigen Regime anlasten kann. Nicht zuletzt übrigens etwas, wovon «man» nicht spricht: Es war der Gaullismus, der vornehmlich mit der sorgsam Pflege des Antiamerikanismus der sowjetischen Hegemonie über Westeuropa den Weg geebnet hat. Das mag übrigens tatsächlich ein Grund sein, weshalb man im Krenl einem allfälligen Machtwechsel in Frankreich mit gemischten Gefühlen zusehen dürfte. Ein aussenpolitisch dienstbeflisenes kapitalistisches Regime hat für die Sowjetunion wahrscheinlich jetzt einen grösseren Nutzwert als ein brüderliches Regime mit Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Austauschverpflichtungen.

Nur wären die sowjetischen Sorgen ein schlechter Trost für die Bevölkerung, wenn sie wirklich ihre Erfahrungen mit den Eigenschaften machen müsste, welche die kommunistische Machtausübung noch immer charakterisiert haben und im Zeichen der Restalinisierung sogar immer stärker charakterisieren: Polizeistaatlichkeit, totale Zensur, Arbeitsbüchlein, Mangelwirtschaft (bei der man als völlig neues Lebensgefühl die Sehnsucht nach der Konsumgesellschaft noch entdecken wird — siehe Osteuropa heute), Uniformenkult, Verfolgung der Häretiker. Gar nicht zu reden von den tröstlicherweise nur vorübergehenden Erscheinungen wie zum Beispiel der Liquidierung der Klassenfeinde (das Erstaunen darüber, dass man ungerechterweise dazugezählt wird, kommt dann jeweils ein bisschen spät) oder der Säuberung von Sozialdemokraten, die par définition ja noch revisionistischer sind als die tschechoslowakischen Kommunisten, die man heute einsperrt.

Schön, das alles braucht nicht zwangsläufig so zu kommen. Aber — und darüber braucht man sich keine Illusion zu machen — soweit es auf den Willen der KPF-Führung ankommt, soll es so kommen. Ihre Gutheissung des sowjetischen Modells spricht dafür. Gerade in den letzten Jahren der sowjetischen Restalinisierung hat sie sich so verhalten, als müsse sie das Wort von



KPF-Generalsekretär Georges Marchais. Uebrigens hatte er sich während des Krieges zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz nach Deutschland gemeldet, das damals Verbündeter der Sowjetunion war.

Guy Mollet bestätigen: «Die Kommunistische Partei Frankreichs ist weder linksorientiert noch rechtsorientiert; sie ist nach Moskau orientiert.»

Die demokratische Linke hat Angst, sich so zu nennen

Diese Sache ist eigentlich heute noch einsichtiger als gestern (in der jüngeren Vergangenheit schien der Polyzentrismus bei den nichtregierenden KPs immerhin Zukunft zu haben, während er unterdessen als Ueberrest zu taxieren ist), nur gehört es heute nicht mehr zum guten Ton, sie auszusprechen. Die Angst davor, in den massgeblichen Gremien und Salons nicht als genügend «links» eingestuft zu werden, treibt die Sozialisten unter François Mitterrand dazu, sich agnostisch gegenüber den Werten zu geben, die ihnen als einer demokratischen Kraft zugehören würden. So spüren sie auch in die gauchistische Phaseologie ein, dem Image zuliebe. Intellektuell apathisch geworden, greifen sie auf die ältesten ideologischen Schablonen zurück, vielleicht auf der Suche nach Renaissance einer schon mythisch gewordenen Ueberzeugung, vielleicht aus einem Bedürfnis nach Alibi, sicherlich aus der klassischen Angst des Kleinbürgers davor, nicht zeitgemäss zu wirken. Und dazu nehmen sie in ihren Reihen jene eifernden Prediger auf, die den Westen insgesamt zum Teufel wünschen, den gleichen Westen, dem die Sozialdemokratie mit zu seiner Freiheit verholphen hat.

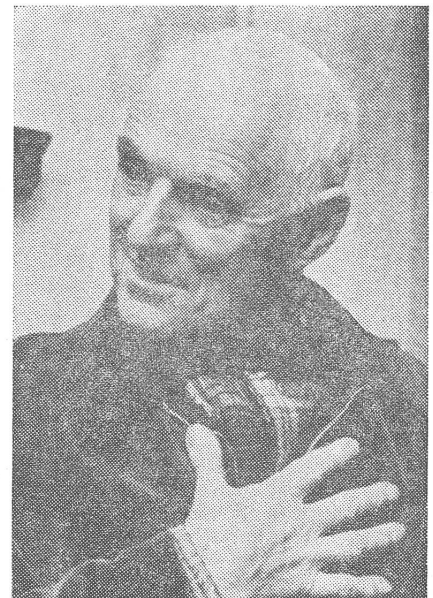
Konkrete Punkte aus dem Gemeinschaftsprogramm und die kommunistische Hypokrisie bezüglich Arbeiterselbstverwaltung

Und was stellt nun das gemeinsame Programm der Kommunisten und Sozialisten den Franzosen in Aussicht?

— Verstaatlichungen von der Art, die dem kleinen Mann seit 30 Jahren immer teuer zu stehen gekommen sind, weil die Kosten der



Roger Garaudy (oben) und Charles Tillon. Sie kritisierten die sowjetische Machtausübung und wurden aus der KP ausgeschlossen. Aber das hindert die besseren Leute nicht daran, der KPF eine Öffnung zum Pluralismus und vermehrte Unabhängigkeit von Moskau zu attestieren.



bürokratischen Verwaltung auch die denkbar höchste privatwirtschaftliche Mehrwertgewinnung mehr als nur kompensieren. Aber sei's drum; vielleicht gleicht die Moral der Sache die materiellen Nachteile aus.

— Ein Subventionssystem mit rapider Ausbaurrate. Natürlich kann man den Trend auch anderswo haben und auch ohne kommunistische Regierungsbeteiligung; der Unterschied ist insofern mehr quantitativ. Aber er fällt ins Gewicht, wenn es um die volkswirtschaftlichen Triebkräfte geht. Man würde das besser verstehen, wenn man die enormen und durchaus eingestandenen Sorgen der kommunistisch regierten Länder mit dem Problem der «Anreize» einmal zur Kennt-

nis nehmen würde. Freilich geht nichts über eigene Erfahrung.

— Die Arbeiterselbstverwaltung. Man nennt sie zwar, wahrscheinlich aus euphonischen Gründen, «contrôle ouvrier», aber gemeint ist die Sache, die uns vom jugoslawischen Beispiel her vertraut ist, wo sie übrigens eher im Abbau als im Ausbau ist. Vielleicht deshalb, weil die Unternehmen unserer Zeit eben immer komplexer werden, was der Lenkungsmöglichkeit von der Basis her Schranken setzt. Irgendwo gelangt man meistens sozusagen zu einem Frustrationskompromiss. Die Betriebsleitungen fühlen sich in ihren Entscheidungen beeinträchtigt, die Arbeiter fühlen sich in ihren Rechten hintergangen, und die beidseitige Unzufriedenheit verbürgt bestenfalls die Echtheit der Institution. Freilich dominiert auch dort die Erscheinung, dass oben befohlen und unten gehorcht wird. Aber wie immer es um die am erprobten Fall nicht mehr so gar aktuelle Güte der Arbeiterselbstverwaltung bestellt sein mag, ist es ein ausgewachsener Skandal an Hypokrisie, wenn die moskautreue KPF ihre Unterschrift unter diese Forderung setzt, die im sowjetischen Diktatbereich immer als Abweichung vom Sozialismus behandelt wurde und wird. In Polen hat man die Arbeiterselbstverwaltung als «revisionistisch» und in der Tschechoslowakei gar als «konterrevolutionär» aufgehoben. Wenn es der KPF mit der Unterstützung der Arbeiterselbstverwaltung ernst ist, dann soll sie gefälligst gegen die brutale sowjetische Repression dieser Institution protestieren; aber das tut sie nicht.

— Die Ueberführung des Bodens in Gemeindeeigentum. Das ist die Massnahme, die im Westen so manchem als endgültige Lösung des Spekulations- und Wohnproblems vorschwebt. Dass sie per se überhaupt noch nichts löst, zeigt das Beispiel der UdSSR, wo die Leute in den Städten davon träumen, dass wenigstens die Wohnflächennorm von neun Quadratmetern pro Person Wirklichkeit würde. Daran ist übrigens nicht primär die Eigentumsordnung schuld (sie erleichtert die Planung und verteuert die Verwaltung), sondern das Machtmonopol der KP-



Der Gaullismus hatte der «Los-von-Amerika-Bewegung» in Europa seinerzeit wichtige Impulse gegeben. Dass daraus auch eine europäische «Hin-zur-Sowjetunion-Bewegung» geworden ist, musste beim Stand der politischen «Einigkeit» Europas ohnehin das Korrelat sein, doch die gütige Nachhilfe der interessierten Kreise trug weiter dazu bei.

Duclos Hitler Stalin

Der «Chefideologe» im Politbüro der KPF, Jacques Duclos (Präsidentschaftsanwärter 1969), benahm sich während des Krieges als grosser Freund Hitlers, solange das Bündnis zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion anhielt. Er zeigte wiederholt und öffentlich seine Genugtuung über die Niederlagen der Feinde Hitlers. Bis zum Juni 1941, das heisst bis zum Ueberfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion, griffen die Schriften von Duclos lediglich den britischen und den französischen Imperialismus an, über dessen Verfall unter den Schlägen Hitlers er frohlockte. Die «Cahiers du Bolchévisme» veröffentlichten zum Beispiel in der ersten Trimesternummer 1941 einen Brief von Thorez und Duclos, in welchem zu lesen war:

«Wir befinden uns im 14. Monat des zweiten imperialistischen Krieges in Europa, und wir haben folgende Bilanz vor Augen: Ein mächtiger Imperialismus ist erschlagen worden (a été abattu), und wer gewohnt war, den Krieg via Mittelsmänner zu führen, muss sich nun selber schlagen.»

Und der mächtige Imperialismus, über dessen Niederlage Duclos frohlockt, das ist Frankreich.

Was Stalin betrifft, so kannte Duclos dessen Regime recht genau und zählte zu sei-

nen ergebensten Anhängern. Ihm fiel es zu, am 6. März 1953 vor der Nationalen Konferenz der KPF die Trauerrede zu halten. In ihr hiess es:

«... Ein grosses Unglück hat uns getroffen... Der brutale Tod hat den grössten Menschen unserer Zeit erschlagen. Kaum können wir fassen, was uns zustoisst. Unendlicher Schmerz erfüllt unsere Herzen, ein Schmerz, der nur an unserer Liebe zu Stalin messbar ist...»

Stalin ist tot. Wie fürchterlich ist es, diese beiden Wörter zueinander in Verbindung bringen zu müssen.

Die Lehren Stalins erleuchten unseren Weg, erinnern uns an die zwingende Notwendigkeit der Treue zu den Parteiprinzipien, des gnadenlosen Kampfes gegen Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Linie...»

Auf den Spuren des besten französischen Stalinisten, Maurice Thorez, streben auch wir darnach, des schönen Titels eines Stalinisten würdig zu sein.

Unsere unerschütterliche Solidarität gilt der glorreichen Partei Lenins und Stalins, der grossen Sowjetunion, diesem Lande des Sozialismus, diesem Lande der Freundschaft unter den Nationen, diesem Lande des Friedens, gegen welches das französische Volk nie und niemals kämpfen wird...»

Genosse Stalin, ... Ihre Lehren werden unseren Weg erleuchten, damit wir vorwärts gehen, nach dem Beispiel dessen, was Sie in der Sowjetunion getan haben...»

Genosse Stalin, die Kommunisten Frankreichs werden Ihrer würdig sein...» («Cahiers du Communisme», Märznummer 1953, Seiten 267—270.)

Führung, die sich in ihrer selbstherrlichen Definition der Bevölkerungsbedürfnisse von keiner Opposition stören zu lassen braucht. Mittlerweile betreibt die kapitalistische Gesellschaftsordnung freilich in dem Sinne Raumverschwendung, als sie den werktätigen Massen sehr viel mehr Pro-Kopf-Wohnfläche zugesteht als die sozialistische.

In all diesen vier Punkten jedenfalls deckt sich das Gemeinschaftsprogramm mit althergebrachten kommunistischen Forderungen (auch wenn die Arbeiterselbstverwaltung in den kommunistisch regierten Ländern fallen gelassen worden ist) auf dem Wege zur Schaffung eines «Sozialismus» im kommunistischen Sinne. Das festzustellen heisst nicht den Teufel an die Wand malen, sondern eine Tatsache aussprechen. Im übrigen wollen wir auch keinen Teufel aus den Elementen machen, die uns zwar pragmatisch schlecht scheinen, aber soweit einfach einem Wirtschaftsmodell zugehören. Und unsere grundsätzliche Abneigung gilt nicht diesem, sondern dem Totalitarismus politischer Diktatur, auf die noch keine KP jemals verzichtet hat.

Den Teufel, das hasserheischende Feindbild, finden wir dagegen im Gemeinschaftspro-

gramm, wenn es etwa um die USA als Prototyp der kapitalistischen Zivilisation geht oder um die kapitalistischen Geldmächte überall («Plutokraten», sagte Adolf Hitler). Im übrigen ist anzunehmen, dass man damit tatsächlich Wählerstimmen gewinnen kann.

Dafür ist das Motiv «Europa», dieses alte sozialistische Ideal, im Gemeinschaftsprogramm praktisch «vergessen»; natürlich hat das mit den sowjetischen Wünschen nichts zu tun, sondern sieht nur zufällig so aus.

Aber was ist mit den politischen Grundsatzfragen?

Was dagegen im Programm nicht so präzise dargelegt wird, sind die politischen Grundsatzfragen. Soll es in der neuen Ordnung Freiheit für Andersdenkende geben, für alle Andersdenkenden? Sollen Sie die Freiheit zur Organisation, Propaganda und Manifestation haben? Soll die Demokratie weiterhin den pluralistischen Wettbewerb um die Macht bedeuten, die Möglichkeit, auch als Gegner des Systems zu versuchen, eine Majorität für sich zu gewinnen?

Diese Fragen richten sich selbstverständlich in erster Linie an die KPF, welche ideologisch einen Demokratiebegriff ohne Bedingungen (Demokratie für das «Volk», Diktatur für dessen «Feinde»; wer wozu gehört, wird von der

Führung dann schon gesagt) gar nicht anerkennt, sondern vielmehr als «bourgeoise» Demokratie grundsätzlich verurteilt. Sie hat ja auch ihrem ideologischen Selbstverständnis in keiner Weise abgesagt, sondern es vielmehr verschärft, wie ihr Vorgehen gegen die Häretiker zeigt, die Sympathien für die Gedanken des «Prager Frühlings» hatten.

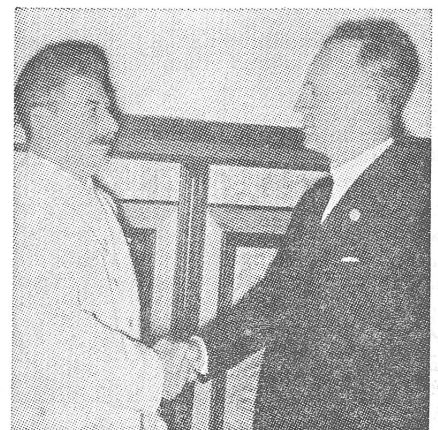
Das Bekenntnis zur ideologischen Diktatur wird nicht von der KP dementiert, sondern von den bourgeoisen Anpassern

Im übrigen denkt die KPF-Führung auch nicht im Traume daran, etwa ihr ideologisches Selbstverständnis zu dementieren. Das will sie nicht einmal als taktische Lüge tun, denn sonst würde sie sowohl den guten Onkel in der Heimat aller Proletarier als auch die revolutionslüsternen und diktaturerpichten Neffen im eigenen Land verärgern. Und das braucht sie auch gar nicht zu tun, wo doch eine freundliche bourgeoise Öffentlichkeit ihr jederzeit vorrechnet, dass sie sich halt eben doch im demokratischen Sinn gewandelt habe («willst es nur nicht zugeben, Lauserchen, was?») und gegebenenfalls ja gar nicht wirklich diktatorisch auftreten werde. Nun gut, dann lässt die KPF-Führung die Leute eben reden, spricht selbst von der «Demokratie» im gleichen dialektischen Sinn wie die Sowjets und freut sich darüber, dass die ideologischen Sympathisanten das heraus hören, während die andern darüber hinweghören.

So kann sich Generalsekretär Marchais mit der narrensicheren Erklärung begnügen, dass das gemeinsame Programm weder den Kommunismus noch den Sozialismus einsetze und dass diese Dinge nicht kurzfristig eingeführt werden könnten, und schon jauchzen die guten Bürger: «Seht ihr, wie die Kommunisten sich gewandelt haben!»

Nein, nicht die Kommunisten haben sich geändert. Dann schon eher ihre Partner. Vielleicht auch die Wähler. Möglicherweise haben sie vom jetzigen «System» tatsächlich genug und sind für eine gegensätzliche Ordnung zu haben. Es ist ein Vorrecht funktionierender Demokratie, dass sie auf demokratische Weise ihr eigenes Ende beschliessen kann. In diesem Falle den möglichen Anfang vom Ende.

Diese Ueberlegung hat ihre Aktualität nicht nur für Frankreich, sondern für Westeuropa überhaupt. ■



Dieser Handschlag zwischen Stalin und Ribbentrop gehört zur unbewältigten, aber gut vertuschten Vergangenheit der französischen KP.